

Ergebnisse der Klausur der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein im Juli 2009:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat am 7. und 13. Juli 2009 eine zweitägige Klausur in den neuen Räumen des Wissenschaftszentrum Kiel der Christian-Albrecht-Universität durchgeführt.

Ziel der Klausur war es, die Ergebnisse des Autorenpapiers „Auf Zukunft setzen“ von Fritz Kuhn, Renate Künast und Jürgen Trittin kritisch anhand der Situation in Schleswig-Holstein zu diskutieren und die Arbeitsmarkteffekte des „Grünen Gesellschaftsvertrages“ („Green New Deal“) auf den Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein abzuschätzen.

Die Klausur wurde eingeleitet durch Impulsreferate des Fraktionsvorsitzender Karl-Martin Hentschel, des Hauptgeschäftsführers der Handwerkskammer Lübeck Andreas Katschke und des Leiter der Landesvertretung der Techniker Krankenkasse in Schleswig-Holstein Dr. Johann Brunkhorst.

Die Krise als Chance:

40 000 neue Jobs in Schleswig-Holstein durch Grüne Ideen!

Wir befinden uns in einer dreifachen Krise: Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Klimaveränderung und eine Gerechtigkeitskrise. Immer mehr Menschen empfinden unsere Gesellschaft als ungerecht und verlieren teilweise sogar das Vertrauen in den Staat.

Wir schlagen vor, diese Probleme nicht getrennt nacheinander, sondern gemeinsam anzupacken. Deshalb haben die Grünen im Bundestagswahlprogramm den „Grünen Gesellschaftsvertrag“ (Green New Deal) formuliert. Mit Investitionen in Klimaschutz, Zukunftstechnologien, Bildungssektor, Betreuung und Gesundheitswesen und durch Impulse für den Arbeitsmarkt soll ein integriertes Paket geschnürt werden, um zugleich die Konjunktur zu beleben. Diese Idee ist unabhängig voneinander von mehreren Vordenkern wie Al Gore in den USA und Sir Nicholas Stern (ehemals Chefberater der englischen Regierung) formuliert worden.

Anfang der 30-er Jahre reagierte Roosevelt auf die Weltwirtschaftskrise mit dem „New Deal“, einem Investitions- und Sozialprogramm, das entscheidend dazu beitrug, die Krise zu überwinden und die Demokratie in den USA (anders als in Europa) stabil zu halten, während die Krisenprogramme in Europa zu Diktaturen und Krieg führten. Nach dem Krieg war die USA wirtschaftlich erstarkt wie kein anderes Land.

Der Blaumann muss Grün werden!

Wir Grüne sagen deshalb: Gerade jetzt in der Krise brauchen wir einen neuen Aufbruch, der die Menschen mobilisiert, die Wirtschaft anschiebt und das Land ökologischer und sozialer gestaltet. Wenn wir sowieso in den kommenden Jahrzehnten auf erneuerbare Energien umstellen müssen, warum tun wir es nicht jetzt? Wir brauchen eine grundlegende Ökologisierung der Wirtschaft, von der Chemie- bis zur Autoindustrie, von den Werften bis zur Landwirtschaft. Der Blaumann muss Grün werden! Und wenn wir wissen, dass wir in Zukunft den Bildungssektor und in den Gesundheitssektor investieren müssen, warum stellen wir nicht jetzt dafür die Weichen?

In einer konservativ gerechneten Analyse, die das Konzept basierend auf zahlreichen Studien bundesweit durchrechnet, kommen die AutorInnen des Grünen Gesellschaftsvertrages auf zirka 1 Mio. neue Arbeitsplätze, die in den kommenden Jahren entstehen können. Für Schleswig-Holstein kamen wir bei einer sehr vorsichtigen Abschätzung zu dem Ergebnis, dass mindestens 40.000 neue Arbeitsplätze in vier Jahren entstehen können. Damit würde Schleswig-Holstein von einem solchen Programm sogar überproportional profitieren, weil Schleswig-Holstein in zwei zentralen Zukunftsfeldern, dem Gesundheitssektor und den erneuerbaren Energien, überproportional vertreten ist.

Sektor/Branche	Zusätzliche Arbeitsplätze		
	Deutschland	davon 3,4 Prozent	Schleswig-Holstein
Erneuerbare Energien und Energieeffizienz	200.000	6.800	13.000
Gebäudesanierung	150.000	5.100	5.000
Landwirtschaft/Biobranche	30.000	1.000	1.000
Kreislaufwirtschaft (Ressourcen)	25.000	850	500
Bildung und Betreuung	185.000	6.300	4.500
Gesundheit und Pflege	150.000	5.100	7.000
Sozialer Arbeitsmarkt	60.000	2.000	2.000
Abbau von Schwarzarbeit	200.000	6.800	3.000
Kultur/Tourismus	?	?	4.000
Gesamt	1.000.000	zirka 34.000	zirka 40.000

Die vorgeschlagenen Maßnahmen setzen sich aus finanziellen Anreizen und ordnungsrechtlichen Maßnahmen des Bundes, flankiert von einer Reihe von Maßnahmen auf Landesebene zusammen. Beim Land kommt es dabei auf gezielte ergänzende Fördermaßnahmen, auf die Vernetzung von Akteuren (z. B. durch die WTSH und die Innovationsstiftung Schleswig-Holstein) und auf die Sicherung der Kreditvergabe durch die Landesinstitute Investitionsbank, Mittelständische Beteiligungsgesellschaft, Bürgerschaftsbank sowie die HSH Nordbank und die Sparkassen an.

Im Kern geht es jetzt darum, für die Anschubfinanzierung von Maßnahmen die Krise zu nutzen. Anstatt weitere Investitionsprogramme zur Stabilisierung von Bau- und Auto-

wirtschaft aufzulegen, sollte konsequent in die Zukunft investiert werden. Die Maßnahmen sind so konzipiert, dass sie mittelfristig zu mehr Einnahmen und weniger Ausgaben des Landes führen. Die Maßnahmen im Bereich Ökologie versprechen rasche Rendite durch Energieeinsparungen, insbesondere bei steigenden Energiepreisen. Die Maßnahmen im Bereich Bildung versprechen eine mittelfristige Rendite. Die Maßnahmen im Bereich Arbeit rentieren sich durch abnehmende Soziallasten. Wir setzen dabei bewusst auf ein konzertiertes Vier-Jahres-Programm, um im Gegensatz zur Strohfeuer-Konjunkturpolitik der großen Koalition Zukunftsinvestitionen zu verstetigen.

Neun Handlungsfelder:

1. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (13.000 Arbeitsplätze):

In Schleswig-Holstein ist insbesondere die Branche der Windindustrie weit überproportional vertreten – und zwar sowohl im Anlagenbau, bei den Dienstleistungen wie auch bei der Zahl der Anlagen, die gewartet werden müssen. Bei den Anlagen rechnen wir in den kommenden zehn Jahren mit einer Vervierfachung der Kapazität. Der eigentliche Durchbruch steht aber erst bevorsteht – gerade im Solar-, im Offshore-Sektor und beim Ausbau der Netze.

2. Gebäudesanierung (5.000 Arbeitsplätze):

Wichtigste Aufgabe ist die Gebäudesanierung im Bestand. Um in 40 Jahren alle Häuser auf Niedrigenergiestandard zu bringen, muss die Sanierungsquote von 0,6 Prozent pro Jahr auf mindestens zwei Prozent gesteigert werden. Die Programme müssen sowohl EigenheimbesitzerInnen ansprechen, aber auch Anreize für VermieterInnen und für MieterInnen schaffen. Auch bei den öffentlichen Gebäuden ist das Potenzial enorm.

3. Landwirtschaft/Biobranche (1.000 Arbeitsplätze):

Die gesamte Biobranche von der Erzeugung über die Verarbeitung bis zum Vertrieb boomt unverändert. Schleswig-Holstein hat Nachholbedarf. Aber selbst mit einer deutlich besseren Förderung wird der Sektor langsamer als anderswo wachsen, weil die BäuerInnen in Schleswig-Holstein wohlhabender sind, so dass die Anreize zur Umstellung geringer sind.

4. Kreislaufwirtschaft (500 Arbeitsplätze):

Der Markt für die Wiedergewinnung von Rohstoffen aus Abfall, dem Einsatz von erneuerbaren Rohstoffen und der Wasseraufbereitung wird sich weltweit verzehnfachen. Auch Schleswig-Holstein wird daran teilhaben, wenn auch etwas unterproportional aufgrund der schleswig-holsteinischen Wirtschaftsstruktur.

5. Bildung und Betreuung (4.500 Arbeitsplätze):

Insbesondere die Betreuung von Kindern unter drei Jahren wird bis 2013 durch die gesetzliche Verpflichtung um ein vielfaches wachsen. Auch im Hochschulbereich und im Weiterbildungsbereich muss zusätzlich investiert werden. In den Schulen wird der pädagogisch bedingte zusätzliche Bedarf durch die demografische Entwicklung überwiegend kompensiert, aber für den Übergang zu Ganztagschulen sind Betreuungskräfte nötig. Entscheidung ist die Finanzierung – wofür wir die Umwandlung eines Teils des auslaufenden Soli „Aufbau Ost“ in einen Bildungssoli vorschlagen.

6. Gesundheit und Pflege (7.000 Arbeitsplätze):

In den vergangenen Jahren wurde das Gesundheitssystem vor allem als Kostenfaktor gesehen. Umgekehrt aber wird ein Schuh daraus. Der Gesundheitssektor und der Pflegektor gehören zu den Wirtschaftszweigen mit den größten Wachstumsraten. Dafür müssen die Weichen gestellt werden. Das gilt ganz besonders für Schleswig-Holstein. Denn hier sind fast alle Bereiche der Gesundheitswirtschaft von der Medizintechnik über die Krankenhausversorgung, den Reha-Bereich bis hin zu Wellness-Angeboten weit überproportional vertreten.

7. Kultur und Tourismus (4.000 Arbeitsplätze):

Tourismus ist der wachstumsstärkste Dienstleistungssektor, der in Schleswig-Holstein eine besondere Rolle spielt. Die Trends gehen jedoch in Richtung Kurzurlaub mit den Schwerpunkten Kultur, Wellness, Natur und Städtetourismus – weg vom traditionellen Strandurlaub. Nachdem die Tourismuswerbung erheblich verbessert wurde, muss nun die Qualität der Angebote im Vordergrund stehen.

8. Sozialer Arbeitsmarkt (2.000 Arbeitsplätze):

Zirka 400 000 Menschen sind in den ersten Arbeitsmarkt nicht integrierbar, da sie in Bezug auf Arbeitstempo, -qualität oder -kontinuität nicht die volle Leistung bringen können. Diese Menschen können aber durchaus vollwertige Arbeit leisten. Dazu soll ein sozialer geförderter Arbeitsmarkt eingerichtet werden – sowohl durch Integrationsbetriebe, aber auch durch Integration in normale Firmen.

9. Abbau von Schwarzarbeit (3.000 Arbeitsplätze):

Millionen Menschen arbeiten schwarz, gerade im haushaltsnahen Bereich. Die Grünen plädieren deshalb für eine Neuorganisation des Arbeitsmarktes durch progressive Sozialabgaben im unteren Lohnbereich, Erhöhung des Einbehalts bei Zuverdiensten und eine drastische Senkung der Bürokratie für Kleinunternehmen.